

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

4.11.1922 (No. 258)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur: C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für November 216 M. — Einzelnummer 10 M. — Anzeigengebühr: 10 M. für 1 mm Höhe und ein Steniel Breite. Briefe und an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Verleger, der die Anzeigen abdruckt, an die Druckerei übergeben. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussetzung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Förderung des Wohnungsbaues durch Steuerbegünstigung.

Durch die Änderung des Körperschaftsteuergesetzes vom 8. April 1922 ist die Vergünstigung des § 59 des Einkommensteuergesetzes, die bisher nur natürlichen Personen zuteil wurde, auch auf alle der Körperschaftsteuer unterliegenden, nicht natürlichen Personen ausgedehnt worden. Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues dürfen hiernach auch juristische Personen, nichtrechtsfähige Personen, Vereinigungen, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvereine an ihrem steuerbaren Einkommen die Aufwendungen für Neubeschaffung von Kleinwohnungen insoweit in Abzug bringen, als diese Aufwendungen den gemeinen Wert dieser Kleinwohnungsbaute übersteigen. Am steuerbaren Einkommen dürfen weiterhin auch Beiträge an gemeinnützige Vereinigungen und Gesellschaften, die die Förderung des Kleinwohnungsbaues bezwecken, in Abzug gebracht werden. Die Leistung solcher Beiträge, wie die Aufwendungen für Kleinwohnungsbaute müssen in Wirtschaftsjahren erfolgt sein, die in der Zeit vom 1. Januar 1922 bis 31. Dezember 1923 zu Ende gegangen sind.

Es darf erwartet werden, daß nunmehr die genannten Körperschaften, also namentlich Betriebsunternehmen in der Form der Aktiengesellschaft, Gesellschaft m. b. H., offenen Handelsgesellschaft, Genossenschaft usw. in weitem Umfang als bisher namhafte Beträge, sei es als Arbeitgeberzuschüsse oder als Beiträge, an gemeinnützige Bauvereinigungen oder zur Errichtung von Werkwohnungen für ihre Arbeitnehmer dem Kleinwohnungsbaue zur Verfügung stellen.

Am Krankenbett.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Reichskorrespondenz „Nord-Süd“ folgende Ausführungen ihres Berliner Mitarbeiters:

„Am das Krankenbett der deutschen Wirtschaft hat sich in der abgelaufenen Woche eine große Anzahl von Ärzten versammelt. Zu der Reparationskommission, die unter der Führung ihres neuen Vorsitzenden, Barthou, vollständig in Berlin eingetroffen ist, hat sich noch ein Kollegium von sechs hervorragenden internationalen Sachverständigen gefügt, die ohne amtlichen Auftrag der Reichsregierung nur der allgemeinen Sache ihre schätzbaren Dienste zur Verfügung stellen wollen, darunter der Direktor der Niederländischen Bank, Bifferting, der berühmte schwedische Währungssachmann Cassel, der Engländer J. M. Keynes, der den wirtschaftlichen Wahnsinn des Versailler Vertrags schon so lange bekämpft, und der frühere Vorsitzende der Reparationskommission, Dubois. Ein derartiges Aufgebot läßt immer auf einen äußerst gefährlichen Zustand des Patienten schließen und ein boshafter Besucher der Heilanstalt und ihrer Adepten wie Wolke würde sagen, er sei rettungslos verloren, wenn so viele Hände und Köpfe sich um ihn bemühen. Daß der Zustand der deutschen Wirtschaft ernst und mehr als ernst ist, daß es in der bisherigen Weise nicht mehr weitergehen darf, wenn sie nicht rettungslos zusammenbrechen soll, ist eine offenkundige Tatsache. Der Reichskanzler hat ihr bei der Begrüßung der Sachverständigen rückhaltlos Ausdruck gegeben. Bei einem Dollarstand von annähernd 5000, wie er zu greller Beleuchtung der Sachlage gerade am Tage dieses Empfangs in neuer Rekordhöhe erreicht worden ist, bedarf es in der Tat weiterer Beweise nicht mehr, und das umso weniger, als mit einziger Ausnahme der Wucherer- und Spekulantentriebe jedermann die furchtbare Not der Zeit am eigenen Weibe empfindet und sich mit Furcht und Schrecken fragt, wie der bevorstehende Frühherbst in brechende Winter mit seiner Feuerung und seiner Kälte überstanden werden soll.“

Der Reichskanzler hat den Sachverständigen drei Fragen vorgelegt: die Reichsregierung möchte wissen, ob die Herren unter dem gegenwärtigen Umstände eine Stabilisierung der Mark für möglich halten, wenn nein welche Voraussetzungen geschaffen werden müßten, um diese Stabilisierung zu ermöglichen, und schließlich welche Maßnahmen getroffen werden müssen, wenn diese Voraussetzungen erst vorliegen. In der Einleitung seiner Begrüßungsrede hatte er der beiden einander widersprechenden Ansichten gedacht, wie sie bisher in den berufenen Kreisen einander gegenüberstehen und anscheinend bisher so ziemlich die Wage halten: der Ansicht, daß der Versuch einer Stabilisierung der Mark verfrüht sei und daß die Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt und in unserer Zahlungsbilanz vorangehen müsse, und der anderen,

daß bei der unelastischen Verflechtung von Ursachen u. Wirkung in unserer Wirtschaftsnot nichts anderes übrig bleibe, als diesen Knoten zu durchhauen und den Markkurs einmal in irgend einer Höhe probatorisch festzulegen. Er hat aber auch an das bekannte Gutachten von Genau erinnert, in dem grundsätzlich und allgemein gesagt wird, daß ein Schuldenland unter Umständen außerstande sein könne, die Befestigung seiner Währung aus eigenen Kräften durchzuführen, und daß es in diesem Falle durch äußere Anleihe dazu befähigt werden müsse.

Mit ungeheurer Spannung darf man der Antwort auf diese Fragen, ebenso wie den Beschlüssen der Kommission, die überigens erst später in Paris oder in Brüssel entschieden werden sollen, entgegensehen, denn sie betreffen nichts anderes als die Zukunftfrage, die Lebensfrage für unser Volk und seinen Staat. Herr Barthou hat sich dahin geäußert, daß man gut tun werde, in seinen Prophezeiehungen sowie in Kombinationen zurückzuhalten, da es sich für die Reparationskommission in Berlin ausschließlich um technische Fragen handele, also nicht etwa um die sachlichen Entscheidungen, von denen wir eine wirkliche Rettung erhoffen dürften, wie die Herabsetzung der Reparationslast, das langfristige Moratorium, die zeitweilige Verminderung der Sachleistungen u. die äußere Anleihe. Nun ist die Gefahr eines allzu großen Optimismus in Deutschland wohl nicht mehr vorhanden und unsere Hoffnungen sind wirklich nicht hoch gespannt, aber gesehen muß etwas. Man wird zunächst schon zufrieden sein, wenn die Reparationskommission zu der Überzeugung gelangt, daß in Deutschland kein bösäer Wille vorhanden ist und zurzeit auch keine irgend wie nennenswerte Leistungsfähigkeit, so daß also Zwangsmassnahmen oder auch neue Pfänder, die ja nur zu einer Berrüttung und Verzerrung unserer Wirtschaft führen könnten, auch unter dem Gesichtspunkt des reinen Gläubigerinteresses keinen Sinn haben. Und wenn man uns dann weiter sagen sollte, daß das deutsche Volk mehr sparen und mehr arbeiten müsse als bisher, so werden wir uns auch das gern sagen lassen, denn es ist die eigenste Überzeugung aller derer, die sich einen einigermaßen klaren Einblick in die Ursachen unserer Not und den ethischen Willen zu ihrer Überwindung bewahrt haben. Aber dann muß die Hilfe von außen kommen.“

Das Währungsproblem.

Konferenz folgt auf Konferenz. Aber die großen Hoffnungen, die die Zusammenkunft der Bankiers in Paris einstimmig begleitet haben, sie bleiben nun gründlich aus. Die Börse reagiert mit keinem Feinnig auf die kommenden Beschlüsse, sie ahnt sehr wohl, daß günstigen Falls wieder ein Vorschlag geschaffen werden wird, der auf dem Papier stehen bleibt. Die durchgreifende Änderung kam erst mit dem Augenblick eintreten, der die vollkommene Lösung des Reparationsproblems bringt. Solange Deutschland an Geld und Sachleistungen, die für uns die nennlichen Aufwendungen erfordern, da naturgemäß die Reichsregierung die liefernden Firmen in bar entschädigen muß, wenigstens nicht gesonnen ist, in dieser Höhe Devisen aufzulaufen, die alten Summen aufzubringen hat, solange die Kohlenmenge in gleicher Höhe bestehen bleibt, oder gar noch erhöht wird, solange wird auch der tüchtigste Finanzmann keinen Sanierungsplan aufstellen können. Und selbst wenn eine durchgreifende Änderung eintreten sollte, zu der sich die Reparationskommission schwerlich befugt halten wird, da sie in solchen Fällen gern den Regierungschefs die Entscheidung überläßt, wäre erst der erste Schritt zu einer heilenden und helfenden Neuregelung geschehen. Denn auch die Verminderung der deutschen Schulden, ist nicht ausreichend, um die Währung zu stabilisieren. Jede neue politische Bewegung von außen oder innen könnte den mühsam aufgebauten Plan zunichte machen, da es an ausreichender Deckung fehlt.

In französischen Kreisen hat man die Idee propagiert, der Goldbestand der Reichsbank reiche auch für den gegenwärtigen Notenumlauf als Deckung aus, da die Papiermark so gut wie keinen Wert mehr hat. Dies dürfte aber ein Trugschluss sein, denn im Augenblick einer Sanierung müßte die Mark steigen, und da nicht sofort der Notenumlauf vermindert werden kann, würde unmittelbar wieder ein Deckungsmangel entstehen, das zu einem neuen Sturz der Mark Veranlassung geben könnte. Außerdem steht ja noch gar nicht fest, ob und in welchem Umfang die Goldmittel der Reichsbank zur Stabilisierung der Mark herangezogen werden sollen oder können. Wenn es ein gefahrloses Beginnen wäre, dann hätte Deutschland selbst schon ohne Einwirkung von außen diesen Schritt getan.

Und selbst, wenn etwas Derartiges geschehen könnte, hat es immer die Voraussetzung, daß Deutschland für eine Reihe von Jahren eine Erholungsfrist bekäme, daß es frei wäre von geldlichen, sachlichen und politischen Lasten. Sogar diese Zusicherungen, im Verein mit einer durchgreifenden dauernden Herabminderung der Entschädigungssummen, werden kaum ausreichen, um der Mark einen neuen Wert zu verleihen. Notwendig ist unter allen Umständen der Auslandskredit in bar, der aber

wiederum nur erlangt werden kann, wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind.

Aber selbst wenn es gelingen sollte, eine derartige radikale Änderung des bisherigen Zustands herbeizuführen, dürfen wir nicht glauben, das wir damit über den Berg hinaus kämen. Wir werden dann aller Voraussicht nach erst noch die innere Krise überwinden müssen, die uns schon lange droht, eine Krise rein wirtschaftlicher Art. Eine im Wert erhöhte Mark wird uns zwar ermöglichen wieder Rohstoffe in größerer Menge einzukaufen, aber die Ausfuhr wird erneut erschwert. Sie war bisher immer nur möglich auf der Basis einer wertlosen Mark, und selbst bei dieser hatten wir in verschiedenen, in der Zahl sich immer vergrößern Branchen schon den Weltmarktpreis erreicht oder überschritten. Es besteht daher aller Grund zur Annahme, daß eine Stabilisierung und eine neue Währung uns die jetzt schon beginnende Arbeitslosigkeit bringen werden, durch die sich die anderen valutatragenden Länder schon mehr oder weniger hindurchgekämpft haben, oder deren Überbleibsel sie jetzt noch zu bekämpfen trachten. Daß solche Zustände auch politische Gefahren für uns bedeuten ist klar, aber diese werden überwunden werden können, wenn die wirtschaftliche Krise beschränkt werden kann und sich die Aussichten ermöglichen, daß die Mark über den künftigen Kurs hinaus allmählich zu einem wirklichen Wertfaktor wird. Dies aber hat zur Vorbedingung die erneute Gesundung der Industrie und die Ausfuhrmöglichkeit.

Man sieht also, daß ein großer Fragenkomplex sich an die Berliner Konferenzen reiht und daß es mehr als eines einfachen Federstrichs bedarf, um uns die finanzielle Genesung zu bringen, man sieht aber auch daß selbst ein voller Erfolg nicht das Glück vergangener Tage für die nächste Zukunft gewährleistet, sondern daß das deutsche Volk auch dann weiterhin einig sein muß im Willen zur rastlosen Tat, im Willen zur eifrigsten Arbeit, die wieder nichts darstellt, als höchste Pflichterfüllung gegen sich selbst.

Rußlands starke Stellung auf dem Balkan.

„So paradox es klingen mag, so trifft es doch zu, daß die Sowjetregierung heute auf dem Balkan eine stärkere Stellung hat, als das so mächtige russische Kaiserturn vor dem Weltkrieg. Damals war Rußland für die Türkei der Feind, für die christlichen Balkanstaaten ein oft recht ungewisser Gönner, wovon ja besonders Rumänien und Bulgarien manches Lied zu singen wußten. Jetzt stellen sich die nördlichen Balkanmächte, Jugoslawien und Rumänien innerlich wohlwollender gegen Rußland, weil sie sich nicht mehr wie der Zwerg neben dem Riesen vornehmen. Die Türkei und Bulgarien aber erweisen sich sogar, wo sie können, den Sowjetmachthabern gefällig. Die „Nowoje Wremja“ weis zwei recht interessante Beispiele dafür mitzuteilen. Der Vertreter der Angoraregierung Hamid Beh, hat Herrn Manfen, der in Konstantinopel weilt, um sich der Flüchtlinge anzunehmen, erklärt, daß bis zum Einrücken der Kemaltruppen in Konstantinopel die türkische Hauptstadt von allen russischen Emigranten geräumt sein müsse. Dadurch ist unter den 35 000 russischen Emigranten eine große Panik entstanden, denn sie wissen nicht, wohin sie sich wenden sollen, zumal jetzt in der winterlichen Jahreszeit. Daß es ihnen trotz der Amnestie recht übel ergehen kann, wenn sie nach Rußland zurückkehren, ist ihnen zur Genüge bekannt. Da die Angoraregierung an und für sich kaum etwas gegen die russischen Emigranten hat, denn zahlreiche Emigranten haben in den Reihen der Kemalisten tapfer mitgekämpft, so ist anzunehmen, daß die schroffe Erklärung Hamid Behs auf Anregung der Sowjetregierung zurückzuführen ist und es ist bezeichnend für das Verhältnis zwischen Angora und Moskau, daß der russischen Anregung so bereitwillig stattgegeben wird.“

Ebenso willfährig zeigt sich die bulgarische Regierung gegen Sowjetrußland. Herr Schtscheglow, der Sowjetagent in Sofia hatte nach der „Nowoje Wremja“ dem Wrangel General Witowski angeboten, mit seiner ganzen Truppe aus Bulgarien nach Rußland zu ziehen; dort werde die Truppe ihre Uniformen und Waffen behalten und eine begünstigte Sonderstellung in der roten Armee einnehmen. Als Witowski dieses Angebot des Sowjetagenten ablehnte, wurden er und eine Anzahl russischer höherer Offiziere von der bulgarischen Regierung aus Bulgarien ausgewiesen. Sie wurden durch Offiziere ersetzt, welche die Sowjetregierung nach Sofia geschickt hatte, um aus dem Reste der Wrangelarmee eine Avantgarde der roten Armee auf dem Balkan zu bilden. Die Mannschaften des Wrangelheeres wurden vor die Wahl gestellt, entweder nunmehr der roten Fahne zu folgen oder zu verhungern. Natürlich konnte auch dieses Vorgehen, das an die Erinnerung, wie Friedrich der Große im ersten Jahre des Siebenjährigen Krieges die sächsischen Truppen in das preussische Heer hineinzwang, nur im Einvernehmen mit der bulgarischen Regierung angemandt werden.

Politische Neuigkeiten.

Eine Anleihe von 500 Millionen Goldmark.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission stehen vor einem neuen Abschnitt. Der vorgestrige Abend und der gestrige Tag bis zum Wiederzusammentritt der Konferenz um 3 Uhr gehörten der Ausarbeitung der schriftlichen deutschen Vorschläge über die Stabilisierung der Mark, die Reichsfinanzminister Hermes dem Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou überreichte. Über die Vorschläge wird eine Besprechung der Ressortchefs beim Reichskanzler die letzten Beschlüsse fassen. Im Mittelpunkt der Vorschläge steht die Forderung nach einer äußeren Anleihe für Deutschland, die ausschließlich für die Stabilisierung der Mark verwendet werden soll. Die Reparationskommission wird ersucht, die Auflegung dieser Anleihe auf den internationalen Geldmärkten zu gestatten und zu ermöglichen. Die Anleihe ist in einer Höhe von 500 Millionen Goldmark gedacht.

Bei den Berliner Besprechungen zwischen der Reichsregierung und dem Reparationsausschuss soll, wie das Journal aus Berlin meldet, eine Beteiligung der deutschen Industrie an der ober-schlesischen Kohlenförderung und an der Erzeugung in Lothringen durch unmittelbare Abmachungen zwischen der deutschen Großindustrie und der französischen und polnischen Industrie erwogen werden.

Aber die gestrige Sitzung der Reichsregierung mit der Reparationskommission wird amtlich folgendes gemeldet: Um 6 Uhr haben sich die Delegierten der Reparationskommission wieder im Reichsfinanzministerium zur vierten Sitzung mit der deutschen Regierung eingefunden. In dieser Besprechung übergab der Reichsfinanzminister eine schriftliche Ausarbeitung über den Stand der deutschen schwebenden Schuld und über die Pläne zur Stabilisierung der Mark.

Beratung der Spezialfragen.

Nunmehr hat die dritte gemeinsame Sitzung der Reparationskommission mit den Vertretern der deutschen Regierung stattgefunden. Es wurde darüber von beiden Seiten ein gemeinsames Kommuniqué ausgegeben, worin gesagt wird, daß die deutschen Vertreter die Probleme zur Sprache brachten, die mit dem deutschen Budget für 1922/23, mit der Stabilisierung der Mark und der schwebenden Schuld zusammenhängen. Auf Grund dieser Darlegungen hat die Reparationskommission bestimmte Fragen für spätere Erörterungen aufgeworfen. Es wurde vereinbart, daß der Reichsfinanzminister Hermes die deutschen Vorschläge zu diesen 3 Problemen schriftlich überlegt, die dann für die weiteren Beratungen als Grundlage dienen werden.

Es ist also wie sich aus dem offiziellen Kommuniqué erkennen läßt, in den ersten drei Sitzungen eine Generaldiskussion über die drei Hauptprobleme geführt worden und es wird nunmehr in die Beratung der Spezialfragen auf Grund der deutschen Vorschläge, also in das entscheidende Stadium der Beratungen eingetreten. Die deutschen Vorschläge werden in einer großen Kabinetsitzung heute vormittag ihre endgültige Form erhalten. Im Vordergrund dieser Vorschläge wird die Stabilisierung der Mark stehen; sie wird von der Reichsregierung als primäre Forderung angesehen. Zur Erreichung der Stabilisierung soll die Aufnahme einer Auslandsanleihe in Höhe von mehreren hundert Millionen Goldmark — die Zahl steht noch nicht fest — vorgeschlagen werden. Eine Auslandsanleihe wird aber, wie die bisherigen Versuche bei der Bank von England beweisen haben, nur dann zustande kommen können, wenn Deutschland nicht mehr wie bisher als kreditunfähig erachtet wird. Eine Auslandsanleihe bedarf also der Zustimmung der Reparationskommission, und selbst diese reicht allein nicht aus. Der internationale Geldmarkt wird nur für die Anleihe gewonnen werden, wenn Deutschland für mehrere Jahre von Reparationsleistungen in Gold befreit wird und wenn der Zinsendienst für die Anleihe den Reparationszahlungen vorausgeht. Es ist nicht anzunehmen, daß die deutsche Regierung schon jetzt einen offiziellen Antrag auf Gewährung eines mehrjährigen Moratoriums stellen wird, aber es ist klar, daß eine Auslandsanleihe unmöglich ohne die Befreiung Deutschlands von Reparationsleistungen in einem längeren Zeitraum und ohne eine Verringerung der Sachleistungen und Beschränkung der militärischen Belastungen erfolgen kann.

Das österreichische Vorbild...

Der englische Vertreter im Reparationsausschuss Sir John Bradbury erklärte dem Berliner Vertreter der Chicago Tribune: Wenn der Reparationsausschuss kein Mittel findet, um die Mark zu stabilisieren und in den Reichshaushalt zu bringen, so fürchte ich, daß Deutschland den selben Weg geht, wie Österreich. Die Atmosphäre der gegenwärtigen Verhandlungen ist nicht ungünstig. Wir haben den Reichskanzler und den Reichsfinanzminister zu jeder Anstrengung bereit gefunden, um dem Ausschuss genauen Einblick in die Lage Deutschlands zu geben. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, einen Weg zur Stabilisierung der Mark zu finden. Erst dann kann eine internationale Anleihe erwogen werden.

Wir will meinen, als ob der Reichshaushalt nur durch drastische Maßnahmen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann, und wir wollen solche Maßnahmen sehen. Bradbury erwähnte aus seinem Vorschlag, den Sitz des Reparationsausschusses nach Berlin zu verlegen, um im Einverständnis mit der Reichsregierung eine Kontrolle herbeizuführen, und er schloß: Die Lage fordert die größte Geduld.

Zur Stabilisierung der Mark.

Der finanzpolitische und wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates haben sich in den letzten Tagen eingehend mit Vorschlägen zur Währungsfrage beschäftigt. Der Unterausschuss, der mit der Ausarbeitung eines Gutachtens betraut wurde, legte dem beiden Ausschüssen einen Antrag vor, der schließlich mit einer Reihe von Änderungen angenommen wurde. Der Bericht der Vereinigten Ausschüsse hat folgenden Wortlaut:

Der Zusammenbruch der Währung, wie er sich in den letzten Wochen vollzogen hat, bedroht Deutschland mit einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Katastrophe. Schon der jetzige Zustand der Mark wird, wenn er länger anhält und im inneren Preisniveau voll zur Auswirkung kommt, verheerende Folgen für den Lebensstandard und selbst für die Lebensfähigkeit ganz großer Schichten hervorrufen, noch mehr, wenn die Entwertung der Mark sich ungehemmt fortsetzen sollte. Dieser Katastrophe mit allen Mitteln entgegenzuwirken, ist darum die Pflicht der verantwortlichen Reichsregierung. Voraussetzungen für eine dauernde Stabilisierung sind:

1. Eine Neuregelung der Reparationsverpflichtungen, die Deutschland von untragbaren Lasten befreit und ihm eine mehrjährige Atempause zur inneren Kräftigung gewährt.
2. Eine Erneuerung des öffentlichen Verhältnisses: Die

Selbentwertung hat, da sie die Ausgaben viel schneller als die Einnahmen wachsen läßt, von neuem zu einer rapiden Vermehrung der schwebenden Schuld geführt. Es ist unbedingt geboten, schleunigst für den gesunkenen Geldwert entsprechende Mehreinnahmen zu schaffen, daneben für eine möglichste Ermäßigung der Ausgaben zu sorgen, insbesondere durch Sparmaßnahmen und Vereinigung in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen.

3. Eine Intensivierung und Rationalisierung der Produktion: Die Selbentwertung, die jeden Spartrieb vernichtet, hat bei der Arbeiterschaft den Willen zur Arbeitsintensivität, bei der Arbeitgeberchaft, die sich durch Scheingewinne vielfach über den tatsächlichen Niedergang täuschen läßt, den Trieb zur höchsten Qualitätsleistung und zur sorgsamsten Kalkulation gelähmt. Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen erkennen, daß hier die Rückkehr zum Verantwortungsbewußtsein der Vorkriegszeit unbedingte Notwendigkeit ist.

II.

Für Einleitung der erst später und nur unter diesen Voraussetzungen zu erreichenden Stabilisierung muß jetzt eine Regulierung des Marktkurses eintreten, die der künftigen Stabilisierung den Weg bahnt. Dazu ist erforderlich, daß der Wirtschaft für die nächste Zeit diejenigen Devisenbeträge zur Verfügung gestellt werden, die sie für den unmittelbaren realen Bedarf nötig hat. Dabei ist die Mitwirkung der Reichsbank nicht zu entbehren. Voraussetzung für dieses Vorgehen ist die Zustimmung der Reparationskommission und die Erlangung einer auswärtigen Reparationsanleihe.

III.

Nur im Zusammenhang mit einem solchen Regulierungsversuche können technische Maßnahmen einen Erfolg in Aussicht stellen, die darauf abzielen, der neben dem realen Devisenbedarf der Wirtschaft einhergehenden vermeidbaren Nachfrage nach Devisen entgegenzutreten: Die neue Organisation des Devisenverkehrs, die Regelung des Devisenverkehrs mit dem Verbot von bolschewistisch nicht unbedingt notwendigen Devisenläufen und Devisenverwendungen.

Der Ausschuss empfiehlt ferner die Ausgabe eines wertbeständigen Anlagepapiers, das die natürlichen Bedürfnisse weitester Volksschichten nach Erhaltung ihrer Vermögenssubstanz befriedigt, sie vom Kauf von Devisen abhält und dadurch die normale Sparfähigkeit wieder erhöht und anregt, ohne die der Wiederaufbau und die Stärkung der Produktion nicht gelöst werden kann. Es geht nicht weiter an, einem Teile des Volkes jede Sicherheit seiner Kaufkraft und seiner Wirtschaftsgüter vorzuenthalten, wo die Erfahrung lehrt, daß man durch keine gesetzlichen Maßnahmen den Großverkehr hindern kann, die Goldrechnung für sich einzuführen. Die Schatzscheine müssen entweder auf Gold basieren, oder es müssen solche Steuern für die Fundierung der Anleihe referiert werden, deren Ertrag sich selbstständig mit der Steigerung der Devisenkurse erhöht, und zwar möglichst solche Steuern, die aus Transaktionen eintommen, die mit Deviseneinnahmen von Handel und Industrie verbunden sind. Der Ausschuss hält es auch für erwägenswert, die Goldanleihe mit einer kurz gesicherten Kreditation für Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft zu verbinden. Für eine unfundierte Goldanleihe des Reiches würde der Ausschuss die Verantwortung ablehnen.

Rücktritt des Grafen Lerchenfeld.

Wie die Blätter melden, hat Ministerpräsident Graf Lerchenfeld heute an den Landtag ein Schreiben gerichtet, in welchem er seine Absicht zurückzutreten bekannt gibt und begründet. Der Rücktritt ist damit vollzogen. Der Termin des Zusammentritts des Landtages steht noch nicht fest. Er hängt davon ab, wann sich die Bayerische Volkspartei über die Person des Nachfolgers Lerchenfelds schlüssig gemacht hat.

Der Rücktritt des Grafen Lerchenfeld stand bereits seit einigen Tagen fest. Wenn zur Begründung des Rücktrittsbedarfs auf Differenzen innerhalb der Regierung wegen der bayerischen Denkschrift zur Feuerung verwiesen wurde, so ist darin nur der äußere Anlaß der Krise zu erblicken. Die Ursache führt in die Lage des letzten Konflikts zwischen Bayern und dem Reich zurück. Die Politik der Ausgleichung, die Graf Lerchenfeld mit Erfolg angebahnt hatte, wurde durch die Ermordung Mathensaus und ihre Folgen gestört. Als durch die verfassungswidrige Rotbefehlung vom 24. Juli 1922 die notwendige Gesetzgebung zum Schutze der Republik für das rechtsrheinische Bayern außer Kraft gesetzt wurde, entschloß sich der Ministerpräsident seinen Posten beizubehalten, um Schlimmeres zu verhindern. Durch beiderseitiges Entgegenkommen wurde schließlich, namentlich auch dank dem Eingreifen des Reichspräsidenten, eine Einigung erzielt. Aber es war kein Geheimnis, daß nicht nur die Bayerische Mittelpartei, in der die deutschen Volksparteier angeschlossen sind, mit den deutschen Nationalen verknüpft sind, sondern auch Teile der Bayerischen Volkspartei, der Graf Lerchenfeld angehört, mit seiner Haltung nicht einverstanden waren.

Von rechtsradikaler Seite wurde eine widerwärtige Propaganda persönlicher Art gegen den Ministerpräsidenten und seine Frau eingeleitet. Den Ausschlag gab die letzte Sitzung des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei, in der festgestellt wurde, daß Lerchenfeld das Vertrauen seiner Partei nicht mehr besitzt. Daß mit dem Ministerpräsidenten auch die übrigen Mitglieder seines Kabinetts ausgetauscht werden, hat nur formelle Bedeutung. Zweifelhaft ist noch, ob die Aufhebung des Handelsministeriums erfolgt, das seit dem Ausscheiden des Demokraten Hamann unbefestigt geblieben ist und zuletzt vom Staatsrat Reinel geleitet wird. Die Beseitigung des Grafen Lerchenfeld und der Wechsel der Bayerischen Volkspartei, für die alsbaldige Rückwärtsrevidierung der Weimarer Verfassung einzutreten, beweisen, daß die Vertreter einer härteren Tonart in der Partei die Oberhand haben.

Von Knilling Nachfolger Lerchenfelds.

Die Entscheidung über die Nachfolgerschaft des Grafen Lerchenfeld ist gestern Abend in der Fraktionsitzung der Bayerischen Volkspartei gefallen. Die Partei wird in der heute vormittag stattfindenden gemeinsamen Beratung der Koalitionsparteien den Staatsminister a. D. Erzengel von Knilling präferieren. An der Zustimmung der Koalitionsparteien, besonders der Deutschen Nationalen Volkspartei kann wohl kaum ein Zweifel bestehen, da Knilling dem rechten Flügel der Bayerischen Volkspartei angehört, wenn er auch nicht zur Gruppe des Herrn Dr. Heim zählt.

Ehrhardt, der Faschist!

Kapitän Ehrhardt, einer der Führer des Kapp-Lüttich, ist nach neueren Mitteilungen nach wie vor mit Futtschplänen beschäftigt. Wie die Vossische Zeitung mitteilt, residiert er trotz des seit 2 1/2 Jahren wegen Hochverrats hinter ihm erlassenen Siebentages in einem Hotel in München und lenkt von dort aus die Fäden seiner verschiedenen Organisationen und Geheimbünde. Sein Gegenwartsziel ist die Auf-

richtung eines mittelschwarzen Reiches, das außer Bayern noch Tirol und Salzburg, womöglich aber ganz Deutschland umfaßt, das mit Hilfe Ungarns besetzt und niedergedrungen werden soll. Dabei schwebt ihm die Nachahmung des russischen Weispiels für Deutschland vor. Die ersten Ansätze zur Gründung einer Faschistenpartei und Faschistenarmee sind in der Gründung von Organisationen zu sehen, wie des „Bundes für Freiheit und Ordnung“. Solche Bünde bestehen in Bayern, Ostpreußen, in Kormern und der Neumark bereits zu Dutzenden. Mit den Verbänden, die ununterbrochen fortgesetzt werden, geht Hand in Hand die Einrichtung von Waffenlagern.

Die Vossische Zeitung nennt es ein Zeichen von erfreulicher Besserung, daß selbst rechtsradikale Kreise die Aktion Ehrhardts immer weniger billigen. So soll Kronprinz Rupprecht einem Politiker der Deutschen Volkspartei in einer Unterredung sein Wort gegeben haben, daß er einem Ruf als König oder Kaiser denn auch nicht gehört zum Ehrhardtprogramm, niemals Folge leisten werde. Die Vossische Zeitung fordert, daß dem Ehrhardtstandal in München endlich energisch ein Ende bereitet werde.

Die Vereinbarungen im Bankgewerbe.

Die in Berlin zustande gekommene Vereinbarung im Bankgewerbe hat folgenden Wortlaut:

1. Die den Angestellten auf den Schiedsbericht vom 12. Oktober 1922 für den Monat Oktober zuziehende Gesamtnachzahlung ist baldmöglichst in doppelter Höhe auszubahlen.
2. Am 15. November 1922 werden die durch den Schiedsbericht vom 12. Oktober festgesetzten gesamten Oktober-Beträge (d. h. die September-Beträge zuzüglich der einmaligen 38 Prozent der August-Beträge, ferner zuzüglich der 12, 14- und 16prozentigen Erhöhung) in einem um 36 Prozent erhöhten Betrage als November-Beträge ausbezahlt.
3. Die am 15. November 1922 auszubahlende Haushaltszulage wird auf 1500, die Kinderzulage auf 1500 bzw. 1800 bzw. 2100 Mark erhöht.
4. Die Übertenerungsansprüche sind am gleichen Tage in doppelter Höhe der bisherigen staatlichen Beträge auszubahlen.
5. Falls die anfangs Dezember erscheinende Gesamt-Reichs-Indexnummer gegen die anfangs November erscheinende eine Steigerung von mehr als 36 Prozent aufweist — gleiche Berechnungsgrundlage vorausgesetzt —, ist bei den Verhandlungen anfangs Dezember über die Dezember-Beträge die erhöhte Feuerung abzugelten. Sollte das Reich neue Übertenerungsansprüche für einzelne Orte einführen und deren Beträge für November die zu 4 genannte doppelte Höhe der früheren Übertenerungsansprüche übersteigen, so ist der überschüssige Betrag bei dieser Verhandlung anfangs Dezember ebenfalls abzugelten.
6. Der Schiedsbericht vom 12. Oktober 1922 bildet mit der heutigen Vereinbarung eine untrennbare Einheit und wird in dieser Form anerkannt.
7. Maßregelungen wegen Verweigerung von Überstunden sind auf Anrufung des Angestellten vom Reichsstarikat nachzuprüfen und zu entscheiden, ob die Maßnahme der Bankleitung gerechtfertigt war.

Vervollständigung des englischen Kabinetts.

Sonar Law hat das Ministerium vervollständigt, wodurch die noch fehlenden Minister, Unterstaatssekretäre, parlamentarische Sekretäre und Lordsekretäre ernannt worden sind. Es handelt sich im ganzen um 30 Köpfe. Die Liste der neuen Minister wird hier folgt angegeben: Luftschiffahrtsministerium: Sir Samuel Hoare, Arbeitsministerium: Sir Montague Barlow, der früher Unterstaatssekretär im gleichen Ministerium war, Pensionsministerium: Commandant Tryon, Ministerium für öffentliche Arbeiten: Sir John Baird, Ministerium für Post und Telegraphie: Neville Chamberlain, der Bruder von Austin Chamberlain, Attorney-General: Jindape. Unter den 15 Unterstaatssekretären können die folgenden Namen hervorgehoben werden: Inneres: Oberst Stanley, auswärtiger Angelegenheiten: Ronald Mac Neill, Kolonien: Osmoby Gore, Krieg: Walter Guinness, Indien: Lord Brinton, auswärtiger Handel: Sir William Johnson Pids, Sekretär der Schatzkammer: Oberst Leslie Wilson, früher Hauptinspektor der konservativen Partei.

Kurze polit. Nachrichten.

* Ein Kalife den Osmanen! Die Agence Havas meldet aus Konstantinopel: Das Osmanische Reich ist am 1. November um 7.30 Uhr abends unter stürmischem Beifall von der Großen Nationalversammlung von Angora abgesetzt worden. Die Regierung der Großen Nationalversammlung ist zum Erben des Reiches proklamiert worden. Die Nationalversammlung wird einen Kalifen zu wählen haben.

Der Pariser Vertreter der Regierung von Angora hat der französischen Regierung mitgeteilt, daß die Regierung von Angora alle Verträge, kontraktlichen Abmachungen usw., die seit dem 16. März 1920 durch die Verwaltung von Konstantinopel abgeschlossen wurden, als null und nichtig betrachtet.

* Die Devisenvereinbarung im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandskommission hat sich einverstanden erklärt mit der sofortigen Einsetzung der Verordnung des Reichspräsidenten im besetzten Gebiet gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln vom 12. Oktober 1922 und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 12. bis 24. Oktober mit dem Vorbehalt, daß diese Verordnung keine Anwendung zu finden habe bei Angehörigen der Interalliierten Rheinlandskommission und der Besatzungsarmee, soweit diese auf eigene Rechnung zur Deckung des persönlichen Bedarfs kaufen und daß bestimmte fremdländische Banken im besetzten Gebiet in der gesamten Verordnung den deutschen Banken gleichgestellt werden.

* Das Brautgeschenk des Kaisers. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Anfrage an den Reichstag eingebracht, in der die Regierung befragt wird, ob die zuständigen Stellen die Genehmigung zur Ausführung des Diadems erteilt haben, das der ehemalige Kaiser als Brautgeschenk nach bisher unüberprüften Nachrichten in Berlin hat anfertigen lassen, und das einen Wert von mehreren hundert Millionen haben soll und aus Deutschland nach Holland ausgeführt wurde. Falls um diese Ausführungsbewilligung nicht ersucht worden ist, wird gefragt, ob die Regierung Auskunft über den Verbleib geben kann, und welche strafrechtlichen Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, wenn dieses Diadem ohne vorherige Erlaubnis über die preussische Grenze gebracht worden ist.

* Wochenendtelegramme nach New York (Stadt). Mit der Radio Corporation of America in New York, die auf amerikanischer Seite die Fernverbindung zwischen America und Deutschland betreibt, ist vereinbart worden, daß vom 1. November 1922 ab Wochenendtelegramme zwischen Deutschland und New York (Stadt) sowie dem District New York eingeführt werden. Die Wochenendtelegramme können im Laufe der Woche bei jeder Telegraphenanstalt aufgegeben werden und müssen bis Sonnabend Mitternacht beim Haupttelegraphenamt in Berlin vorliegen. Für die Abfassung sind in allgemeinen die Vorschriften für Brieftelegramme zu halbe-

Wohle nachgehend. Die Telegramme müssen den gebührenden Bescheid...
Die Telegramme müssen den gebührenden Bescheid...
Die Telegramme müssen den gebührenden Bescheid...

Badische Wochenrückblicke.

Nieselregen ohne Unterlass. Frostig, nachtlattes Wetter. Die Wintergarderobe wird angezogen. Der Sommer ist verabschiedet. Im Bürgerausschuß verabschiedete sich das Stadtparlament, die Neuwahlen stehen bevor. Die Bauarbeiten sind eingeleitet, die Bauarbeiten sind eingeleitet, die Bauarbeiten sind eingeleitet.

Die Nahrungsmittelfragen sind in den Städten die gleichen geblieben. Kinder, Kranke und alte Leute, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, empfinden die Nahrungsmittelfragen sind in den Städten die gleichen geblieben. Kinder, Kranke und alte Leute, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, empfinden die Nahrungsmittelfragen sind in den Städten die gleichen geblieben.

Erneut ist im kommunalen Leben die Zuderfrage aufgetaucht. Es werden nunmehr Karten zur Zudererausgabe eingeführt. Ueber die behördliche Preisfestsetzung haben wir gelegentlich schon im amtlichen Teil der „Karlsruher Zeitung“ berichtet.

Unter den Klagenenden befinden sich auch die Nebenbahnen, welche z. B. die Direktion der Badischen Lokalfestbahnen A. G. in Karlsruhe um Genehmigung nachgesucht hatten, auf einzelnen Strecken an Sonn- und Feiertagen den Verkehr stilllegen zu dürfen. So auf den Strecken Bruchsal-Dülsbach-Menzingen, Mühlertalbahn, Redaibischhofheim-Düffenhart und Wiesloch-Schattlaufen-Waldanelloch. Die Anträge wurden mit der Notwendigkeit eingetretender Betriebsersparnisse zur Verbesserung der finanziellen Lage begründet.

Die Rollen waren glänzend besetzt. In munterem, lustigem Tempo zogen die drei Wilder vorüber. Darsteller wie Orchester ließen sich nicht von der Humpelbühnen melodischen Geister führen. Frisch, mit blühender, voller Stimme sang der Besenbinder Rudolf Wehr auch sein: „Kümmel ist mein Leibkaffee“, im Spiel wohl aufgeräumt, das Lied von den armen Leuten oder die schärfer akzentuierte Szenenanzahlung: „Der Besen, der Besen“ in guter Beherrschung auch der Aussprache. Kleine, jedoch unmerkliche, rhythmische Unebenheiten im Gleichklang mit dem Orchester unterließen ihm vorübergehend in der Szenenanzahlung.

Landestheater.

Hänsel und Gretel.

Ein Sinabäcker in den Märchenwelt. Ein Stück Kindheit blickt über den beiden Namen „Hänsel und Gretel“. Kinderlieb, erste Schuljahre, Weihnachten, unterm Christbaum das Besenbinderhändchen der Hexe. Großmütterchen erzählt die gern gehörte Geschichte immer wieder. Ein untergeklärtes, liebliches Märchen. Vielen Dank schuldet die Jugend dem Musikprofessor Engelbert Humpelbinder, daß er das Märchenpiel in musikalische Form gegossen hat. Der Wurf gelang ihm meisterhaft. Der damalige Lehrer am Frankfurter Konservatorium hat es sich wohl nicht gedacht, daß nach bald dreißig Jahren sein „Hänsel und Gretel“ noch zu den beliebtesten und erfolgreichsten Repertoirestücken unserer Bühnen zählen würde. Das Werk ist kein Modestück. Das Libretto des edel deutschen Märchenpiels sichert dieser phantastischen musikalischen Schöpfung denselben Erfolg auch für die Zukunft.

Die Rollen waren glänzend besetzt. In munterem, lustigem Tempo zogen die drei Wilder vorüber. Darsteller wie Orchester ließen sich nicht von der Humpelbühnen melodischen Geister führen. Frisch, mit blühender, voller Stimme sang der Besenbinder Rudolf Wehr auch sein: „Kümmel ist mein Leibkaffee“, im Spiel wohl aufgeräumt, das Lied von den armen Leuten oder die schärfer akzentuierte Szenenanzahlung: „Der Besen, der Besen“ in guter Beherrschung auch der Aussprache. Kleine, jedoch unmerkliche, rhythmische Unebenheiten im Gleichklang mit dem Orchester unterließen ihm vorübergehend in der Szenenanzahlung.

Sein Besenbinder war eine gute Maske. Der freigelegte Kratzen mit der Kartoffellast, hat selbst in das Orchester ein Kartoffelkreuzerplam hinabrollen lassen. Die edle Frucht wird sich hoffentlich nicht an des Konzertmeisters Geigenbogenstipe angeschlossen haben.

Schon bieten sich die Auslagen in den Schaufenstern der Schuhwarengeschäfte dem Publikum dar. Die neuen Schuhe gleiten und glängen — doch wehe, wenn irgendwo verstreut ein Zettel hervorsticht, der eine Preisangabe trägt! Roller Gedanken — eigenartiger und bei den meisten sicherlich gleicher Gedanken — geht man weiter, die vielen anderen Schaufenster der Warenhäuser und Geschäfte entlang. Man wagt weise ab, wie lange wohl noch die alten Schuhe ihren Zweck erfüllen, bis man schließlich doch einmal gewandern ist, abermals vor das Fenster der Schuhgeschäfte zu wandern, zu suchen, zu wählen und sich ein Paar zu erwählen.

Man weiß ja, daß dieser Industriezweig sich in einer schweren Krise befindet. Es ist bei dem jetzigen Marktlage kaum noch möglich, im Auslande Güte zu erwerben. Die Folge davon ist eine überaus starke Inanspruchnahme des inländischen Ertrages, der natürlich vom Fleischkonsum abhängt. Noch als dieser vollkommen normal war, dachten die inländischen Schlachtungen nicht im entferntesten den Bedarf an Häuten. Jetzt ist die Einfuhr nahezu unmöglich geworden, zugleich aber auch der Fleischkonsum und damit die Häutegestellung in Folge der hohen Preise außerordentlich zurückgegangen. Wie verschiedene Schuhmacher und Lederhändler berichten, kostet nach den heutigen Marktpreisen ein Pfund Kalbfell 1000 Mk.; d. h. ein Quadratfuß 1200 Mk. Für ein Paar Stiefel braucht man 3/4 Quadratfuß. Es würde also das Leder allein 4200 Mk. kosten.

Daß gerade die Ledertwaren rapid im Preise steigen würden, war ja vorauszu sehen. Ein einigermaßen guter Ledersattel kostet ja schon 15-1800 Mk.

Doch kann man sich mit einem solchen Utensilium noch eher behelfen, wie mit Schuhen. Wer billige und daher minderwertige Ware sich anschaffen will, wird um so eher wieder zum Kauf neuer besserer Schuhe gezwungen sein. Doch scheint auch in der Lederindustrie manches nicht zu stimmen, das in Hinblick auf die hohen Preise zu denken gibt. So schreibt die „Kölnische Zeitung“ folgendes: „Ein sehr schwerwiegendes und unberechtigtes Mißverhältnis für die Verteuerung der Schuhwaren liegt in dem Verhalten der Lederindustrie. Wir sind in unserer Gerberei, besonders in einzelnen Zweigen der Sohlengerberei, ziemlich rückständig. Infolgedessen vergehen oft 8 bis 9 Monate, bis die Häute als Leder auf dem Markt erscheinen. Die Lederindustrie hat jedoch seit Aufhebung der Zwangsindustrie die Gepllogenheit angenommen, das Leder, dessen Rohstoff, die Häute, sie vor Monaten zu einem unvergleichlich billigeren Preis erworben hat, nach dem Tagespreis der letzten Häuteaktion zu berechnen und die ganze Differenz als Gewinn einzuflechten.“

Das muß alles der Beamte, der Kleinbürger, der Arbeiter begreifen. Jetzt, wo die kalte Jahreszeit eingetret ist, und jeder auf ein möglichst gutes Schuhwerk bedacht sein muß, treten die Beobachtungen um so mehr in den Vordergrund. Durch eine Revision dieser Geschäftsgebarung und eine Reform der Häuteaktionen ist eine Verlangsamung des Preisanstiegs sicherlich zu erlangen. Wollen wir das Beste hoffen!

Badische Übersicht.

Zum Wechsel im Unterrichtsministerium.

Die deutsch-demokratische Partei in Baden hatte nach dem „Heidelberger Tageblatt“ u. a. für den Posten des badischen Kultus- und Unterrichtsministers den ord. Professor in der juristischen Fakultät, Dr. Richard Thoma in Heidelberg in Aussicht genommen und mit ihm deshalben auch Verhandlungen angeknüpft. Prof. Thoma hat aber seinen Verzicht dem Posten des Unterrichtsministers vorgezogen und das Anerbieten abgelehnt, zumal es praktisch unmöglich gewesen wäre, den Verzicht längere Zeit bis zu einem evtl. späteren Wiedereintritt von der Leitung des Ministeriums für Thoma freizuhalten.

In Badenweiler hat kürzlich der liberale Volksparteier Abg. Weber eine Rede über die politische Lage gehalten, worin er über den Wechsel in der Leitung des Kultusministeriums u. a. folgendes ausführte: Daß in der Koalitionsregierung in Baden, mögen auch einzelne Vorgänge die Kritik herausfordern, der Wille zu sachlicher Zusammenarbeit und zur Vermeidung innerer Konflikte besteht und sich auch in schwierigeren Lagen bewährt hat, muß anerkannt werden. In diesem Zusammenhang muß ein vorurteilsfreier Politiker das Ausschneiden des bisberigen Unterrichtsministers Dr. Hummel bedauern. Denn eines ist diesem Manne unter allen Umständen zugubilligen: der gute Wille und auch das Geschick, zu vermitteln und Auseinandersetzungen zu vermeiden, unter denen ein ruhige Entwicklung im Lande leiden könnte. Auch in seinem öffentlichen Auftreten als Parteiredner hat er stets das Maß der Besonnenheit eingehalten, wie es das Amt des Staatspräsidenten ihm zu erfordern schien. Diese besonnene Sachlichkeit ließ ihn auch wohl geeignet erscheinen, nach außen hin, wenn es galt, Mißverständnisse zwischen den einzelnen Regierungen zu beseitigen, die Rolle des Vermittlers zu übernehmen. Zu wünschen wäre, daß im Kultusministerium ein Nachmann ihm nachfolgt, der zugleich gesonnen ist, als Politiker das Amt in der Bahn eines ruhigen Fortschrittes auf dem Boden der bewährten gut badischen Tradition weiterzuführen.

Eine bemerkenswerte Rede.

N.-S. Karlsruhe, 3. November.

Dieser Tage hat der der Deutschen Volkspartei angehörende Reichstagsabgeordnete von Kardorff vor seinen Parteifreunden in Karlsruhe eine Rede gehalten, die von der Deutschen Volkspartei nahestehenden „Badischen Presse“ dahin gekennzeichnet wird, daß sie die Befähigung zu wirklicher politischer Führerschaft verrate, im übrigen aber in vielen Punkten für manche volksparteiliche Ohren recht ungewohnt klingen habe. Ja, es hat sich bei einzelnen Bemerkungen des Redners im Kreise der Zuhörer murrender Widerspruch erhoben. Aber das genannte Blatt rechnet es Kardorff gerade hoch an, daß er sich durch diesen Widerspruch keineswegs beirren ließ, sondern seine Anschauungen weiterhin mit Nachdruck vertrat.

Diese Anschauungen sind interessant und verdienen allgemein beachtet zu werden. Sie gipfeln in folgenden Sätzen: Der Radikantismus ist zum großen Teil schuld an all den politischen Wirren, die geschehen seien, er werde die niedrigsten Instinkte. Die Parteigeschichte der antisemitischen Bewegung sei mit einer einzigen Ausnahme nur höchst üble und anrüchliche Elemente in ihrer Führung auf. Man solle im übrigen nicht vergessen, daß der geistige Vater der Konservativen Partei, Stahl, ein Jude war, und daß auch der Schöpfer des kritischen Imperiums, Lord Beaconsfield, Disraeli hieß und ebenfalls ein Jude war. Man müsse nach der Gesinnung fragen und nicht nach der Rasse. Der deutschnationalen Volkspartei könne man offiziell die Schuld am Morde Nathanaus nicht zuschieben, doch wäre es die Pflicht dieser Partei gewesen, sich schon früher von gewissen radikalen Elementen frei zu machen.

Was die bayerische Frage betrifft, so vertrat Herr von Kardorff einen Standpunkt, der beiden Teilen, also auch dem Reich und der Reichsregierung, gerecht wurde. Graf Berchthold sei gestürzt, gerade weil er gegen seine eigene Überzeugung sich zu der Kampagne gegen das Schutzgesetz habe drängen lassen. Seinem Nachfolger könne nur empfohlen werden, alles zu versuchen, um in ein möglichst gutes Verhältnis zu Berlin zu kommen. Was die Reichspräsidentenfrage angeht, so hat Herr von Kardorff dem Generalfeldmarschall von Hindenburg als altem Militär die Befähigung zum höchsten politischen Reichsamt mit guten Gründen abgesprochen, dagegen Herrn Ebert diese Befähigung ausdrücklich zuerkannt.

Kardorff hat die Politik des Reichstanzlers nicht unkritisiert gelassen, aber seine Kritik in einer durchaus maßvollen Form vorgebracht und im übrigen anerkannt, daß die Grundgedanken der Erfüllungspolitik richtig gewesen seien. Besonders bemerkenswert waren dann seine Bemerkungen, die sich auf die Stellung zur Arbeiterfrage bezogen. Mit besonderer Betonung hat Kardorff dem sozialdemokratischen Arbeiter die nationale Gesinnung und die politische Achtungswürdigkeit bescheinigt und erklärt, daß dem sozialdemokratischen Arbeiter dieselbe Achtung zukomme, wie jedem anderen Deutschen. Ein Kampf um die Staatsform lehnte Kardorff energisch ab. Es gelte jetzt zunächst zu arbeiten und Deutschland in die Höhe zu bringen. Notwendig dafür sei eine recht große Anzahl gelehrter Arbeiter. Da aber schon den jugendlichen Arbeitern derartig hohe Löhne gezahlt würden, fänden sich nur noch wenige Eltern, die ihren Kindern eine gründliche Lehrzeit verschaffen. Das deutsche Volk werde einen gemeinsamen Aufstieg erleben, oder es werde gemeinsam zugrunde gehen. Zusammenfassung aller Kräfte unseres Volkes und Achtung vor der Überzeugung des Gegners! Der größte Fehler aber sei es, einem Teil deutscher Volksgenossen Mangel an nationaler Gesinnung vorzumerfen.

Das Orchester, geführt von Wilhelm Schweppe, schwebt voller sächlicher Freude in der Melodien- und Akkordfülle der gefälligen Humpelbühnen Musik. Der Komponist hat in eigenartiger Weise das Märchen illustriert. Er vermeidet alle Schroffenheiten, schafft einen im Klanglichen Ausdruck abgerundeten Tonfall, streut Volkslieder wirksam ein und verwendet routiniert alle mögliche Instrumentierung, seien es Tamburin, Schlagzeug, gedrochene Fasentaffel, den Rudersruf oder klappernde Kastagnetten.

So fand das Märchenpiel ein aufnahme- und recht beifallsfreudiges Publikum. Adolf Dimmle.

Karlsruher Streichquartett.

Der 2. Kammermusikabend der Kongerdirektion Reusfeldt brachte Tonschöpfungen Korngolds, Schuberts und Tschaiwowskys, ausgeführt von dem Karlsruher Streichquartett, (die Herren Ottomar Voigt, 1. Violine, Willi Grabert, 2. Violine, Heinrich Müller, Bratsche, Paul Trautvetter, Cello) unter Mitwirkung der Herren Lütjke und Weibert. Der Eintrichsaal war wohl bis auf den letzten Platz besetzt.

Das Karlsruher Streichquartett kann sich ruhig seinen „Konkurrenten“ zur Seite stellen; die qualifizierten Leistungen der einheimischen Künstler bannen über 2 Stunden lang jedermann ein äußerst aufmerksames und dankbares Publikum. Kammermusik ist immer musikalische Feinart. Die selten zu Gehör gebrachten Streichquartette (Korngold und Tschaiwowsky) und das berühmte Streichquartett Schuberts mit 2 Celli wurde denn auch mit reichem Beifall aufgenommen.

Paula Webers Besenbinderin Gertrud war recht temperamentvoll, gesanglich wohlhabend. Temperamentvoll zerlegte sie den Milchtopf — laut, daß die Bibretistin Adelheid Wette vor 30 Jahren nicht ein halbes Dutzend voller Milchtopfe zum Verschlagen vorgeführt hätte, Paula Weber bräuchste heute Milchbegrüßung. Wohlgeantwert gelangen ihr die Scheltwörter: „Nenn ihr das Arbeit“, oder „Bringt ihr den Korb nicht voll...“

Ein recht spaffiges, liebes und erfolgreiches Paar waren Oete Stechert als Hänsel und Hanna Rodegg, die allerliebste war, als Gretelchen. Der Bub Hänsel Oete Stechert war ein stämmiger Junge, das Mädel Hanna Rodegg mit den beiden steifen Pöppeln, dem roten Mieder, den gutwollenen Strümpfen und der Schelmennimit, ein naives Dingelchen, drollig und Gerne hörte man wieder die heitere Liebchen: „Brüderchen, ach tanzt mit mir“, das einfache: „Ein Männlein steht im Walde“ oder das liebliche: „Schwefelstein, hüüt dich fein“.

Frau M. Rosel-Lomschik schließlich, als eine appetitlich ekelhafte Hexe, mit Hinterfuß, Begegnen im Gesicht und in der Hand Zauberstab oder Hexenbesen, entledigte sich recht humorvoll ihrer Kopftuch-Ärie: „Schau, schau — wie schlau“ oder tritt, unter Beifall der zahlreich anwesenden Kinderdarsteller, über die Wettermanege ihren postfischen Szenenritt. Emmy Kauf hatte das Sandmännchen, Fräulein Landwehr das Zaumännchen übernommen.

Das Buffards Bühnenbild war liebevoll gewählt. Mit dem vorhandenen Material gelangen ihm recht eindrucksvolle Bilder, besonders bei der halbunten Beleuchtung, die Waldszenen mit der Engelstreppe. Mit einfachen Mitteln war das Besenbinderheim gezeichnet. Die Kostüme der Besenbinderfamilie trugen nicht die übliche frische Farbe der „Bühnenarmut“, sondern wirkten, wie es das Richtige ist, schon mehr als einmal gewaschen.

Das alles sind Ausführungen, wie eine Überbrückung der Gefühle während der Kämpfe. Und wenn ein Teil der deutsch-volksparteilichen Zuhörer bei einzelnen dieser Ausführungen gemurrt hat, so ist das beschämend für diese Zuhörer, ehrenvoll aber für den Redner.

Gebäudeversicherung.

Der Zuschlag, den die Bad. Gebäudeversicherungsanstalt gewährt, ist vom Ministerium des Innern für die vergangenen Monate Juli und August auf das 70fache des Friedenswertes festgesetzt. Ein brandbeschädigter Gebäudebesitzer, dessen Haus einen Friedensversicherungsschlag von 100 000 M. hat, erhält somit, wenn die Wiederherstellung des Gebäudes in den genannten Monaten erfolgt ist, eine Entschädigung von 100 000 M. zuzüglich eines Zuschlags von 7 000 000 M. zusammen also 8 Millionen M. Diese Entschädigung dürfte bei einigermaßen sparsamer Bauweise, wie sie heute doch sehr geboten ist, nahezu den Betrag der tatsächlichen Wiederaufbaukosten erreichen.

Aus Kreisen der Gebäudebesitzer werden, wie uns von zuverlässiger Seite geschrieben wird, immer wieder Klagen laut über die Höhe der Umlage der Gebäudeversicherung, die in ihrem Verhältnis zum Friedenswert der Gebäude stehe. Dabei wird, worauf anlässlich der neuerlichen Erhöhung des Zuschlags zur gesetzlichen Entschädigung mit besonderem Nachdruck hingewiesen werden muß, häufig vollkommen übersehen, daß den Umlageleistungen der Gebäudebesitzer eine Gegenleistung der Gebäudeversicherungsanstalt gegenüber steht, die in nicht geringerer Maße mit der Geldwertvermehrung Schritt hält als — notwendigerweise — die Umlageleistung für die Gebäudebesitzer. Denn wie für die Umlageleistung der Gebäudeversicherung der Friedenswert eines Hauses nur rechtliche Grundlage ist, die Umlage also auf den Wiederaufbauwert bezogen werden muß, so wird auch der Zuschlag zur gesetzlichen Entschädigung nach dem Wiederaufbauwert unter Berücksichtigung der im Zeitpunkt des Wiederaufbaues geltenden Kaufpreise berechnet. D. h.: die beiderseitigen Leistungen, die Umlage der Gebäudebesitzer und die von der Anstalt zu gewährende Entschädigung müssen auf den Betrag der Wiederherstellungskosten bezogen werden. Nur unter diesen Gesichtspunkten ist eine gerechte und die Gegenleistung der Leistungen richtig wertende Beurteilung der Umlage möglich.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruher Bürgerausschuß.

In der gestrigen Bürgerausschusssitzung wurden auf Antrag des Stadtrats Jakob die städtischen Rechnungen für das Rechnungsjahr 1919/20 genehmigt. Bei der Vorlage „Genehmigung von Kreditverlängerungen und Kreditüberschreitungen“ spricht die

Stadtvorordnete Müller (Z.) sich scharf gegen die Einrichtung des „Familienbades im Bierordtbad“ aus. Die Stadträte mit dazu bei, daß die städtische Erziehung gefährdet werde. Den Fehler anderer Städte brauche man nicht nachzuahmen. Ihre Partei werde nicht ruhen, bis das Argernisse verschwinde.

Stadtv. Schön wendet sich gegen die Vorrednerin. Die städtische Vermehrung sei durch ganz andere Ursachen bedingt.

Stadtv. Stumpf (Z.) betont, daß sich jetzt schon Lehrer weigern mit den Schülern in das „Familienbad“ zu gehen.

Oberbürgermeister Dr. Finter erklärt, daß die Mitglieder des Stadtrats seit Jahren über den Gegenstand unterrichtet gewesen seien. Alle, die an dem Beschluß teilgenommen haben, sind sich der Tragweite voll bewußt gewesen. Zum Schluß bemerkte er, daß sich in dieser Frage zwei verschiedene Meinungen gegenüberstehen, von denen jede für sich in Anspruch nehmen kann, das Gute zu wollen. Er teilt mit, daß die Einführung des gemischten Bades innerhalb des Stadtrates schon mehrere Male in wiederholten stundenlangen Debatten und in der städtischen Badekommission ebenfalls in mehrstündiger Besprechung behandelt worden sei und daß schließlich im Stadtrat die Majorität sich dafür entschieden habe, das gemischte Bad einzuführen.

Stadtv. Weiß (D.M.) erklärt, im Kampf gegen die Einrichtung werde das Zentrum die Unterstützung durch die politischen Kreise finden.

Stadtv. Nieß (L.S.) tritt für die Familienbäder ein.

Sonntag, den 5. November. 25 u. 15 M.
vorm. 11 1/2 Uhr Landestheater: I. Rang
In der Wandelhalle des I. Rang
Morgenfeier des Theaterkulturverbandes
Vortrag von Herrn Prof. Dr. von Grolmann über Grabbe als Einleitung zur Erstaufführung „Don Juan und Faust“ am 9. Nov. im Landestheater.
Landestheater: 6 1/2 — 9 1/2 Uhr. 350 M.
Konzerthaus: 7 b. n. 9 Uhr. 150 M.
Der Zigeunerbaron. Der keusche Lehemann.

Galerie Hirsch Waldstraße 28
Sonder-Ausstellung
Prof. Dr. Prof. Schönleber, Heiler, Kley, Prof. Wilt, Volz u. a.

Asthma!
Das einzige Spezial-Ambulatorium in Karlsruhe nach dem Olpe-Heilverfahren (Leopoldstraße 1, Kaiserplatz) unter ärztlicher Aufsicht Behandlung von **Asthma** Bronchialkatarrh, Lungenleiden, Keuchhusten. Sprechst. wochentags (außer Mittwoch) von 3—6 Uhr

Für tadellose
Perser-Teppiche
erzielen Sie pro Quadratmeter bis M. 20000.— und höher.
Eilofferten mit genauer Beschreibung erbeten unter
O. M. 383 an Rudolf Mosse, Mannheim.

Marktordnung
für den Handel mit Schlachtvieh auf dem städtischen Viehhof Karlsruhe.
Mit Zustimmung des Stadtrats wird auf Grund der Reichsverordnung vom 19. September 1920 über

Stadtv. Stumpf (Z.) wendet sich nochmals gegen den Stadtv. Nieß und erklärt, man solle die Abgeordneten nicht zum Maßstab der Gerechtigkeit machen. Stadtv. Nieß (L.S.) fordert Befehalle.

Der Oberbürgermeister teilt mit, daß in etwa 3 Wochen der vorgekaupte Bausch erfüllt sein werde. Die Vorlage wird angenommen.
Der Stadtvorordnete Forster (Z.) erwähnt, daß nach einer amtlichen Statistik die Stadt Karlsruhe mit den Gas- und Strompreisen fast an der Spitze der deutschen Städte marschiere, worauf ihm Oberbürgermeister Dr. Finter antwortete, daß es zwar kein Ruhm sei, mit den Preisen an der Spitze zu marschieren, daß es aber andererseits auch kein Ruhm bedeute, unter dem Selbstkostenpreis abzugeben. Die städtischen Betriebe müßten sich selbst erhalten und das Gas- und Elektrizitätswert sei heute zum Rückgrat der städtischen Verwaltung geworden.

Städtisches Notgeld.

Bürgermeister Dr. Kleinschmidt begründet die Vorlage und teilt mit, daß die Ausgaben von städt. Notgeld auf 376 Millionen erhöht werden mußte. Und zwar handele es sich um fünfshundertmarktscheine. Ein Sicherheitsfonds entfiel dadurch in natürlicher Weise, daß die Stadt das Geld verkaufte. Von dem Notgeld erhielten: zwei Drittel die Industrie, ein Viertel die Banken und Sparkassen, die Stadt ein Fünftel. Die Notenausgabe der Badischen Bank sei begrenzt, da die Herstellung ausschließlich Reichsanlage wäre. Danach konnte also die Herstellung nur durch die Stadt vorgenommen werden. 80 Gemeinden sind durch die Geldmittelpflicht gezwungen worden, Notgeld herauszugeben. Insgesamt habe die Stadt Karlsruhe für 386 125 000 M. Notgeld anfertigen lassen, da der Bedarf durch die Industrie und die Banken sehr groß sei.

In dieser letzten Sitzung des derzeitigen Bürgerausschusses wurde die einzige städtische Vorlage, der Verkauf des Hauses **Novada-Planke Nr. 2** von den seit der Tätigkeit des jetzigen Bürgerausschusses behandelten 365 städtischen Vorlagen mit 37 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Die städtische Vorlage rief eine einstündige Debatte hervor. Oberbürgermeister Dr. Finter konnte schließlich nach 3 1/2stündiger Sitzung die Verhandlungen mit Worten der Anerkennung an den scheidenden Bürgerausschuß schließen. Der Bürgerausschuß habe in schwerer Zeit eine rühmliche Tätigkeit entfaltet, dafür gebühre ihm auch der Dank der Stadtverwaltung. Der Oberbürgermeister gab der Hoffnung Ausdruck, daß über dem Deutschen Reich bald das Wortwort einer besseren Zeit aufgehen und daß den Mitgliedern das Wahlschicksal hold sein möge, damit sie wieder in dieses Haus zurückkehren könnten.

Landestheater. Infolge andauernder Erkrankung von Willy Kissen findet am Sonntag, den 5. d. Mts. statt „Othello“ eine Wiederholung der Straußschen Operette „Der Zigeunerbaron“ in der bekannten Besetzung statt. Beginn der Vorstellung 6 1/2 Uhr.

Der Schauspielplan der nächsten Woche bringt am Mittwoch, den 5. November (Abonnement D 7) eine Wiederholung der einaktigen Komödie „Die Spieler“ von Nicolaus Gogol und anschließend Schafers „Komödie der Irrungen“. — Am Donnerstag, den 9. November (Abonnement C 7) gelangt Grabbe's „Don Juan und Faust“ in der Bearbeitung von Erich Köhler zum erstenmal zur Aufführung; dieser geht am Sonntag, den 5. Nov. vormittags 11 1/2 Uhr, im Foyer des Landestheaters ein vom hiesigen Theaterkulturverband veranstalteter Einführungsvortrag des Herrn Prof. Dr. von Grolmann voraus. — Am Samstag, den 11. November findet eine Wiederholung von Schillers „Wilhelm Tell“ statt. Die erste Aufführung von Max Nohrs dreiaktiger Komödie „Improvisationen im Juni“ ist für Dienstag, den 21. November vorgesehen.

Im Konzerthaus geht am Sonntag, den 12. November der Schwant „Der keusche Lehemann“ von Franz Arnold und Ernst Bach zum fünftenmal in Szene.

* **Badische Raubspiele im Konzerthaus.** Im Hinweis auf die am heutigen Nachmittag 4 Uhr und abends 8 Uhr stattfindenden beiden Vorstellungen, sei erwähnt, daß Regierungsbau- und Straßendirektion die Vorstellungen mit einem interessanten Vortrag über die süd-deutschen, insbesondere badischen Wasserkraftwerke begleiten wird. Vor allem leuchtet ein, daß die über 11 Milliarden, die jetzt jährlich für Kohlenbeschaffung außer Land gehen, im Lande bleiben, da der Kohlenverbrauch durch die Gewinnung an Wasserkraft gänzlich ausgedrückt würde, darüber hinaus sogar noch Kräfte zur Abgabe nach Außerlandung verfügbar blieben — wenn nämlich die Werke erst ausgebaut sind.

§ 4. Sowohl Käufer als Verkäufer sind verpflichtet, der Marktkommission Auskunft über die bezahlten Preise zu erteilen und die erforderlichen Nachweise zu liefern.
Aber jeden Verkauf ist vom Verkäufer ein Verkaufschein (Schlußschein) vorzulegen, der für die Preis- und Gewichtsfeststellung erforderlichen Angaben enthält.
§ 5. Die ermittelten Preise sind nach Schlachtwertklassen in einem amtlichen Bericht (Marktbericht) zusammenzustellen. In demselben sind auch Angaben über die Beschaffenheit des Marktes und über den Geschäftsgang aufzunehmen.
§ 6. Strafbestimmungen.
Siehe § 14 des Reichsgesetzes vom 18. April 1922 (Reichsgesetzblatt Seite 460/62) und § 11 der badischen Verordnung vom 30. Juni 1922 (Ges. und Verordnungsblatt Seite 475).

Karlsruhe, den 27. Oktober 1922. O.-Z. 149
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Bestimmungen
Etwasige Gläubiger unserer Gesellschaft wollen sofort ihre Forderungen anmelden. A. 936.3.1
„Ines“ Internationale Ex- und Import-Gesellschaft m. b. H. in Liquidation
Kriegstraße 116.

Häuser
vermittelt
Otto Bühler
Liegenchafts-Agentur
Karlsruhe i. B.
Sofienstraße 19
Telephon 2812

Bürgerl. Rechtspflege
a. **Stretliche Gerichtsbarkeit.**
Öffentliche Zustellung.
B. 613.2.1 Mosbach. Die minderjährige Wilga Swi-

Staatsanzeiger.

Die Apotheke in Königshofen betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Königshofen, Amt Laubersbach, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Übertragung der Konzession auf die Gemeinde Königshofen bleibt vorbehalten.
Bewerbungen sind unter Anschlag der erforderlichen Zeugnisse binnen vier Wochen hierher einzureichen.
Karlsruhe, den 23. Oktober 1922.

Badisches Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:
J. A. Arnsperger.

Zeller.

Berücksichtigung.

Annahme von Eis- und Frachtwagenladungen nach München und überang geerntet, ausgenommen Lebensmittel, Dienstgut, Umzugsgut und Wiederaufbaugut.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Kanzleisekretär Jakob Eisenmann beim Bezirksamt Heidelberg zum Verwaltungsschreiber.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Kanzleischreiber Emil Meier beim Bezirksamt Karlsruhe, Hausmeister Ludwig Winkler beim Bezirksamt Konstanz.

Zurücksetzungen.

Ernannt:

Notar Karl Leberle in Weinheim zum Notariatsdirektor in Pforzheim, Staatsanwalt Dr. Theodor Herrel in Mosbach zum Amtsrichter daselbst, Gerichtsschreiber Oskar Kasper beim Amtsgericht Mosbach zum Justizinspektor bei der Staatsanwaltschaft Mosbach, Justizsekretär Albert Amann beim Amtsgericht Badarbschopfheim zum Justizinspektor; die Hilfsaufseher Gustav Haas beim Landesgefängnis Freiburg sowie Friedrich Schindler und Hermann Siegel beim Landesgefängnis Mannheim zum Aufseher.

Entlassen auf Ansuchen:

Notar Josef Voller zulezt in Altheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Regierungsrat Ferdinand Huber im Ministerium des Kultus und Unterrichts zum Oberregierungsrat, Gewerbelehrer Karl Maier am Staatstechnikum in Karlsruhe und Gewerbelehrer Dipl.-Ing. Karl Gerle an der Gewerbeschule in Karlsruhe zu Regierungsräten im Ministerium des Kultus und Unterrichts, der technische Assistent Theodor Strittmatter bei der Universität Heidelberg zum technischen Sekretär daselbst.

Entlassen:

Direktor der Kunstgewerbeschule Pforzheim Professor Jochen auf 30. November d. J. auf Ansuchen.

Verbilligung des Automobilbetriebes.

Die katastrophale Preissteigerung aller Betriebsstoffe macht den Automobilbesitzern ernste Sorge und zwingt zu Ersparnissen. An Stelle der großen Wagen werden deshalb Cyclonetten eingestellt, da diese im allgemeinen die gleichen Leistungen vollbringen. Diesbezügliche Druckschriften „K. Z.“ versendet kostenlos die Cyclon Maschinenfabrik m. b. H., Berlin W. 8.

am 9. November, vormittags 9 Uhr, geladen.
Mosbach, 3. Nov. 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Berücksichtigung
Etwasige Gläubiger unserer Gesellschaft wollen sofort ihre Forderungen anmelden. A. 936.3.1
„Ines“ Internationale Ex- und Import-Gesellschaft m. b. H. in Liquidation
Kriegstraße 116.

Vergabung von Tiefbauarbeiten für die Erweiterung der östlich vom Bahnhof Offenburger gelegenen Eisenbahnstation, hauptsächlich bestehend aus Abtrag von Erdmassen durch Bagger und Förderung mittelst Rollbahn 50000 cbm, Befestigung 2480 qm, Böschungsbauarbeiten 6420 qm. Angebotsverdrude werden gegen bestellbare Zuteilung von 15 M. postfrei angekauft. Bedingnisse und Pläne liegen im Dienstgebäude, Hauptstraße 14, Zimmer 2 auf. Führung über die Baustelle auf Wunsch. Angebote mit der Aufschrift: „Bauarbeiten“ bis spätestens Samstag, den 11. November 1922, vormittags 10 Uhr, an uns. Zuschlagsfrist bis 25. November 1922. B. 588.2.1
Offenburger, 28. Okt. 1922.
Baubauinspektion.

tulla in Halle a. S., vertreten durch d. Pfleger Emil Kreuzberg daselbst, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Kapplerer und Popp in Mosbach, Baden, klagen gegen den Brennmeister Anton Switiska, zulezt in Redaritz, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, auf Grund der Behauptung, daß der Beklagte als ehelicher Vater der Klägerin unterhaltspflichtig sei, mit dem Antrag auf kostenpflichtige vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Entrichtung einer in vierjährlicher Vorauszahlung von monatlich 1500 Mark vom 1. Oktober 1922 an. Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Amtsgericht zu Mosbach, Baden, auf Dienstag, den 19. De-